



BONJOUR,

vor Ihnen liegt die erste Ausgabe des Newsletters des Programms **Politischer Dialog Westafrika** (PDWA) der Konrad Adenauer Stiftung. Der Sitz des Projektes ist in Cotonou / Benin und umfasst die frankophonen Länder Benin, Togo, Burkina Faso, Niger, Mali und Elfenbeinküste. Der Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen erscheinen und hat zum Ziel, eine interessierte Öffentlichkeit über die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen im französischsprachigen Westafrika zu informieren.

Inhalt

Côte d'Ivoire:

- **Neuwahlen für Anfang 2008 vorgesehen**

Mali:

- **Amadou Toumani Touré alter und neuer Präsident Malis**
- **Sidibé erhält als erster Afrikaner die Kunstauszeichnung des Ehrenlöwen**

Niger:

- **Regierungswechsel nach Korruptionsskandal**
- **Rebellenaufstände im Norden Nigers**

Togo:

- **Freie Wahlen für den Sommer geplant**

Burkina Faso:

- **Neue Regierung nach Parlamentswahlen**

Benin:

- **Yahi Boni erhält eigene Parlamentsmehrheit**
- **Energiekrise eine Herausforderung für die Zukunft**

KAS

- **KAS-Bildungsfernsehen diskutiert NEPAD-Prozess**
- **Das Verhältnis von Militär und Politik und die Dezentralisierung im Mittelpunkt internationaler Konferenzen**

Das Jahr 2007 ist ein Prüfstein für die demokratische Entwicklung der Region. Insgesamt fünf Wahlen finden dieses Jahr statt. Angefangen von den Parlamentswahlen im demokratischen Vorzeigeland Benin und in Burkina Faso über die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Mali bis zu den hoffentlich ersten freien und fairen Parlamentswahlen seit Jahrzehnten im Krisenland Togo werden Wahlentscheidungen die politischen Verhältnisse bestimmen. Die Krise der Elfenbeinküste soll ebenfalls Anfang 2008, mit Hilfe demokratischer Wahlen überwunden werden.

Trotz vieler Unzulänglichkeiten gibt es zu demokratischen Wahlen keine Alternative mehr. Eine demokratische politische Struktur ist in den Ländern Westafrikas erst im Entstehen, aber dennoch setzt sich das Prinzip Wahlen durch und gibt Hoffnung für die Zukunft der Region. Zunehmend entwickeln die Gesellschaften auch ein Gespür dafür, dass formale Wahlgänge nicht ausreichen, sondern eingebettet sein müssen in eine politische Kultur, welche sich an demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien orientiert.

Westafrika rückt nicht nur aufgrund der

positiven demokratischen Entwicklungen in den Mittelpunkt des Interesses, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass die Region in den nächsten Jahrzehnten aufgrund seiner demographischen Entwicklung nicht zu ignorieren ist. Leben heute 70 Mio. Menschen in den sechs Projektländern, so werden es in rund 40. Jahren annähernd 200 Mio. Menschen sein.

Die Probleme und Chancen der Region wachsen mit der demographischen Entwicklung. Aus diesem Grund möchte das PDWA sie über die politischen und sozioökonomischen Entwicklungen auf dem Laufenden halten.

Optimismus trotz Verzögerung im Friedensfahrplan

Côte d'Ivoire: Neuwahlen für Anfang 2008 vorgesehen

Bei einem Zusammentreffen von verschiedenen Vertretern der Côte d'Ivoire und dem Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré, wurde angekündigt, Neuwahlen für Anfang des Jahres 2008 zu organisieren. Dieses stellt zwar eine Verzögerung gegenüber dem Zeitplan des Abkommens von Ouagadougou da, dennoch herrscht im Land Zuversicht hinsichtlich einer Überwindung der Krise und die Hoffnung auf Frieden, Einigung und die Rückkehr zu Normalität

Nach dem Aufstand der Rebellen aus dem Norden der Côte d'Ivoire war das Land im September 2002 in einen schweren Bürgerkrieg geraten. Die Errichtung einer Pufferzone beendete die Kampfhandlungen. Seitdem war das Land in einen von regierungstreuen Truppen gehaltenen Südteil und einen von Rebellen besetzten Nordteil geteilt.

Die vielen Friedensbemühungen der nächsten Jahre führten zu keinem Erfolg. Erst am 4 März dieses Jahres unterzeichneten Präsident Laurent Gbagbo und der Chef der Forces Nouvelles, Guillaume Soro, sowie Blaise Compaoré als Vermittler in Ouagadougou das Abkommen, das den Weg zum Frieden und zur Wiedervereinigung der Côte d'Ivoire ebnen soll. Das Abkommen sieht u.a. die Bildung einer neuen Regierung, das Abhalten der seit 2005 ständig verschobenen Wahlen, die Wiederaufnahme der Arbeit in den Verwaltungen im Norden des Landes, die Vereinigung der regierungstreuen Streitkräfte und der Truppen aus dem Norden und die Identifizierung der Bevölkerung vor. Ende März trat Guillaume Soro, das Amt des Premierministers an.

Die Treffen von Yamoussoukro am 12 Juni war ein Teil der Nachverhandlungen, die in dem Abkommen von Ouagadougou vorgesehen sind. Neben dem Vermittler Compaoré nahmen der ivoirische Präsident Gbagbo, der Chef der Forces Nouvelles Soro, der e-



hemalige Premierminister und Oppositionsführer Alassane Ouattara und der ehemalige Präsident Henri Konan Bédié an der Konferenz teil. Auf der anschließenden Pressekonferenz kündigte Compaoré an, dass die Neuwahlen in der Côte d'Ivoire spätestens für die ersten Wochen des Jahres 2008 organisiert werden, was ein wichtiger Fortschritt im Friedensprozess ist. Alle Teilnehmer äußerten ihren Willen, zum Erfolg der Organisation der Wahlen beitragen zu wollen

Der burkinische Präsident Blaise Compaoré spielt eine Schlüsselrolle in dem Konflikt. Die Regierung der Côte d'Ivoire hatte ihm lange vorgeworfen, Drahtzieher des Aufstands zu sein. Erst nachdem er eine aktive Vermittlerrolle zwischen den Kriegsparteien eingenommen hatte, gelang mit dem Abkommen von Ouagadougou der Durchbruch im Friedensprozess. Am Dienstag, dem 12. Juni, hatte er sich zum ersten Mal seit Beginn der Krise vor fünf Jahren in die Côte d'Ivoire begeben um an dem Treffen in Yamassoukro teilzunehmen.

Neuformierte Opposition geschwächt

Mali: Amadou Toumani Touré alter und neuer Präsident Malis



Bei den Präsidentschaftswahlen vom 29. April wurde Präsident Amadou Toumani Touré von über 70% seiner Landsleute gewählt. Die Opposition, angeführt von Parlamentspräsident Ibrahim Boubakar Keïta, wollte die Ergebnisse zunächst nicht akzeptieren und sprach von massivem Wahlbetrug. Das angerufene Verfassungsgericht wies die Klage der Opposition jedoch zurück und veröffentlichte am 12. Mai die folgenden offiziellen Endergebnisse: Der parteilose Präsident Amadou Toumani Touré, wegen seiner Initialen ATT genannt, erhielt überwältigende 71,20% der Stimmen. Der Abstand zu seinem größten Konkurrenten Ibrahim Boubakar Keïta, genannt IBK, war dementsprechend deutlich.

Obwohl mit viel Optimismus und großen Gesten in das Rennen um die Präsidentschaft gestartet, konnte er nur 19,15% der Stimmen auf sich vereinigen. Amadou Toumani Touré ist somit gelungen, was vor ihm Präsident Wade im Senegal und Präsident Yar Auda –allerdings in einer höchst umstrittenen Wahl– in Nigeria geschafft hatten: Er wurde im ersten Wahlgang gewählt. Der politische Konsens jedoch, der es ATT erlaubte, während seines ersten Mandats ohne oppositionellen Gegenwind zu regieren, ist seit dem Wahlkampf vorbei.

Im Vorfeld der Wahlen hatte sich die politische Landschaft Malis zweigeteilt. Während eine breite Allianz von 33 Parteien den parteilosen Präsidenten ATT unterstützte, schlossen sich 16 Parteien, darunter die *Rassemblement Pour le Mali* (RPM) von IBK, zur Oppositionskoalition *Front pour la Démocratie et la République* (FDR) zusammen. Die FDR trat mit vier Präsidentschaftskandidaten zu den Wahlen an, von denen jedoch nur IBK einen größeren Anteil von Stimmen gewinnen konnte. Darüber hinaus stellten

sich drei nur von ihrer eigenen Partei unterstützte Kandidaten zur Wahl, die allerdings insgesamt nur weniger als 4% der Stimmen bekamen.

Nachdem die FDR die Entscheidung des Verfassungsgerichts bezüglich der Präsidentschaftswahlen akzeptierte, richtet sich die Aufmerksamkeit nun auf die Parlamentswahlen, deren erste Runde am 1. Juli stattfindet. 1400 Kandidaten bewerben sich um die 147 Sitze im nationalen Parlament, darunter 175 Frauen. Die Bildung der Wahllisten brachte die politische Klasse Malis in Aufruhr. Allein die drei großen Parteien, ADEMA, RPM und URD, sind im ganzen Land vertreten. In den Wahlkreisen wurden Listen gebildet und das Personalkarussell drehte sich mit Höchstgeschwindigkeit. Die Führer der FDR verkündeten, trotz ihrer Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen auch bei den Parlamentswahlen als gemeinsame Kraft gegen das Präsidentenlager aufzutreten. Die Listenbildung in den einzelnen Wahlbezirken spiegelte eine solche klare Abgrenzung zwischen FDR und ADP allerdings längst nicht immer wieder. Die lokalen Besonderheiten, die "réalités du terrain", waren häufig ausschlaggebend.

In Opposition zu dem äußerst populären Präsidenten zu gehen, war für IBK und die anderen Angehörigen der FDR politisch gewagt. Die spannende Frage bei den Parlamentswahlen ist, wie die Opposition daraus hervor geht und wie ATT anschließend mit ihr umgeht.



Die Löwen von Venedig

Venedig: Sidibé erhält als erster Afrikaner die Kunstauszeichnung des Ehrenlöwen

Der malische Fotograf Malick Sidibé wurde auf der 52. Kunstbiennale in Venedig mit der begehrten Auszeichnung des Ehrenlöwen geehrt. Er ist der erste Afrikaner der mit diesem Preis ausgezeichnet wurde.

Die Kunstbiennale wurde am vergangenen Sonntag am *Canal Grande* in Venedig feierlich eröffnet. 76 Länder, so viele wie nie zuvor, sind in diesem Jahr bei dieser internationalen Schau

vertreten und stellen die neuen Tendenzen der Gegenwartskunst zur Schau.

Der Fotograf Malick Sidibé aus Mali wurde mit der Auszeichnung des Ehrenlöwen für sein Lebenswerk geehrt: Bereits seit den sechziger Jahren fängt er das alltägliche Leben seiner Heimat in schwarz-weiß Motiven ein. Ihm ist es damit gelungen, das westliche Bewusstsein für den Wandel der afrikanischen Kultur in den letzten Jahrzehnten zu stärken.

Zudem ist Afrika zum ersten Mal mit einem eigenen Kontinentpavillon auf der Kunstbiennale vertreten. Die ausgestellten Werke, die überwiegend eine politische Botschaft vermitteln, machen Afrika zu einem wichtigen Thema der diesjährigen Biennale.

Premierminister durch Misstrauensvotum gestürzt

Niger: Regierungswechsel nach Korruptionsskandal

Am Abend des 31. Mai hat das nigrisch Parlament seine Regierung per Misstrauensvotum gestürzt. Hintergrund ist ein Korruptionsskandal bei der Verwendung von Entwicklungshilfegeldern. Es handelt sich dabei um den Verbleib von umgerechnet 6 Millionen Euro aus Programmen zur Grundschulbildung.

Niger ist eines der Länder mit den niedrigsten Einschulungsraten der Welt. 2002 wurde daher ein Zehnjahresplan für das Bildungswesen festgelegt, um bis 2013 allen Kindern einen Grundschulplatz anbieten zu können. Zudem sollte vor allem der Mädchenanteil in den Schulen erhöht werden, die häufiger als die Jungen keine Schulbildung erhalten.

Eine Buchprüfung des Programms im Jahre 2006 ergab, dass es schwere Versäumnisse im Finanzmanagement des Bildungsministeriums gegeben habe, wie zum Beispiel wissentlich fiktive Rechnungen für nie gelieferte Lehrmaterialien. Wegen dieser sogenannten ‚MEBA Affäre‘ wurden bereits zwei Minister abgesetzt.



Hama Amadou ,
Ex-Premierminister von Niger

Doch zur Überraschung vieler Beobachter, zog der Skandal noch weitere Kreise. Die Regierung des Premierministers Hama Amadou wurde am Abend des 31. Mai durch einen Misstrauensvotum gestürzt, obwohl dieser vor dem Parlament beteuerte nichts von der Korruptionsaffäre gewusst zu haben. Das Ergebnis war eine große Überraschung, da die Regierung eigentlich eine große Mehrheit im Parlament hatte und über 88 der 133 Sitze in Nigers Parlament verfügte. Das Misstrauensvotum kam mit 62 von 113 abgegebenen Stimmen durch. Einen Tag später reichte der Premierminister Hama Amadou seinen Rücktritt ein.

Am 3. Juni nominierte Präsident Mamadou Tandja den regierungsnahen Seyni Oumarou als neuen Premierminister. Am 11. Juni wurde eine neue Regierung unter der Führung von Oumarou gewählt. 10 der 30 Regierungsmitglieder der neuen Regierung waren bereits Teil der alten Regierung. Die Opposition kritisiert die Ernennung Seyni Oumarous und wirft ihm vor, auch in den Korruptionsskandal verwickelt zu sein.

Niger: Rebellenaufstände im Norden

Seit Anfang des Jahres 2007 kommt es im Norden Nigers immer wieder zu Anschlägen, die einer neuen Organisation der Tuaregrebellion zuzuschreiben sind.

Bereits seit Ende der Militärherrschaft 1991 kam es immer wieder zu Konflikten zwischen Armee und Tuareg-Milizen im Norden Nigers. Das Land durchlief eine schwierige und konfliktreiche Übergangsphase von einer Militärherrschaft (bis 1991) zur Demokratie, die durch die Aufstände verschiedener Milizen der Tuareg weiter verschärft wurde. Die Aufstände konzentrierten sich auf den Norden des Landes, breiteten sich

von dort aus allerdings auch in den Osten aus. Die Rebellen forderten vor allem eine Föderalismusreform, um mehr Kontrolle über ihre mineralienreiche Region zu erlangen.



1995 unterzeichnete die nigrische Regierung mit den Tuaregmilizen ein Friedensabkommen, welches die Dezentralisierung des Landes sowie die Integration der Ex-Rebellen in den öffentlichen Dienst und in die Streitkräfte vorsah. Im Oktober 2005 wurde ein weiteres Integrierungsprojekt der Ex-Rebellen beschlossen. Trotz allem kam es in diesem Zeitraum immer wieder zu Überfällen der Rebellen im Norden des Landes.

Seit Anfang des Jahres 2007 gibt es eine neue Anschlagserie der Tuaregrebellen im Norden Nigers. Diese haben die Bewegung *Mouvement des Nigériens pour la Justice*

(MNJ) gegründet und offiziell die Verantwortung für die Anschläge gegen die nigrische Armee übernommen. Die Anschläge waren die blutigsten Auseinandersetzungen seit Unterzeichnung des Friedensvertrags 1995. Die erste Attacke dieser Anschlagserie richtete sich im Februar 2007 gegen eine nigrische Militärbasis im Norden des Landes. Darauf folgten mehrere Anschläge, die teilweise zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Militär und MNJ Milizen führten. Diese bestehen aus Tuareg - Kämpfern, die zum größten Teil aus der nigrischen Armee desertiert sind. Nach Angaben der MNJ erhalten diese auch Unterstützung von nigrischen Intellektuellen aus dem Ausland.

Der Sprecher der MNJ begründete die Anschläge mit der Nichterfüllung der Regierungsversprechen, besonders die Klauseln des Friedensvertrages von 1998, welche eine Dezentralisierung und wirtschaftliche Unterstützung des Nordens vorsahen. Die MNJ sieht die Anschläge als Teil ihres Kampfes für die nachhaltige Entwicklung des Landes. Gemäß der Vereinten Nationen ist der Niger noch immer eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Die MNJ macht die ihrer Meinung nach korrupte nigrische Regierung für diese Situation verantwortlich, und gibt dieser sogar die Verantwortung für einen Genozid an der hungernden nigrischen Bevölkerung. Die Situation ist besonders gravierend in der Region im Norden des Landes, welche durch das Wüstenklima sehr schwierige Lebensbedingungen bietet.

Togo: Freie Wahlen für den Sommer geplant

Togo befindet sich in einem Schicksalsjahr. Die entscheidende Frage ist, ob in Togo die demokratische Wende gelingt. Viele nationale Dialoge der Vergangenheit sind gescheitert. Aus Angst, wieder enttäuscht zu werden, hat die Bevölkerung Mühe, neue

Hoffnung zu schöpfen, denn in der Vergangenheit gab es zu viele Demokratisierungsversuche, die am Ende scheiterten. Nachdem Tode von Eyadema Gnassingbe 2005 gab es schon einmal Hoffnung auf eine demokratische Öffnung des Systems. Damals wurde sein Sohn Faure mit Hilfe des Militärs als Präsident installiert. Jedoch mussten damals viele Togoer das Land verlassen und waren Verfolgungen ausgesetzt. Die blutigen Unruhen, welche Hunderte von Toten forderten, sind vielen Menschen noch in schrecklicher Erinnerung

Die katastrophale Wirtschaftslage und die damit verbundene Notwendigkeit, internationale Hilfe zu bekommen, haben in Lomé zu einem Gesinnungswandel geführt. Auf Druck der Europäischen Union öffnete sich die Regierungspartei RPT (Rassemblement Politique Togolaise). Die „Allgemeine innertogoische Vereinbarung“, welche die togoische Opposition mit der Regierungspartei von Präsident Faure Gnassingbe geschlossen hat, sehen Wahlen für 2007 vor. Sollten die Wahlen erfolgreich verlaufen, hätte Togo nach 40 Jahren Diktatur der Familie Eyadema die Chance auf einen demokratischen Neuanfang. Seit September 2006 ist der Vorsitzende der Oppositionspartei CAR, (Comité Action Renouveau), Yawovi Agboyibo Premierminister des kleinen westafrikanischen Landes. Die von ihm geführte Allparteienregierung hat als wesentliches Ziel, demokratische, faire und transparente Wahlen durchzuführen. Zunächst war der 24. Juni als Wahltermin vorgesehen. Die schleppenden Vorbereitungen bei der Organisation der Wahlen führten allerdings dazu, dass der Wahltermin in den August verlegt werden musste.



Sieg der Regierungspartei CDP

Burkina Faso: Neue Regierung nach Parlamentswahlen

Der Premierminister Ernest Yonli hat am 3 Juni seinen Rücktritt sowie den seiner Regierung bekannt gegeben, obwohl seine Partei, der *Congrès pour la démocratie et le progrès* (CDP), die Parlamentswahlen vom 6 Mai, mit einer großen Mehrheit gewonnen hatte. Yonli hatte die Regierung während der vergangenen sieben Jahre angeführt.

Bei den Parlamentswahlen vom 6. Mai erlangte die CDP eine große Mehrheit von 73 (vorher 54) von 111 Sitzen, was der Partei eine sehr komfortable Situation im Parlament verschafft. Jedoch hat die CDP gleichzeitig Sitze in einigen wichtigen Städten und Regionen verloren, wo sie sich Sitze mit der Opposition teilen muss oder diese sogar verloren hat.

Die Opposition ihrerseits besteht hauptsächlich aus der Partei ADF/RDA, die mit 14 Abgeordneten vertreten ist und der UNIR/MS, die über 4 Abgeordnete verfügt. Die letztere wirft der ADF/RDA allerdings vor, das Programm des Präsidenten zu unterstützen und deshalb keine wirkliche Oppositionspartei zu sein.

Zwei Tage nach der Rücktrittserklärung normierte der Präsident von Burkina Faso, Blaise Compaoré, den ehemaligen Diplomaten und Minister Tertius Zongo als neuen Premierminister. Die Mitglieder der neuen Regierung wurden bereits am 11. Juni bekannt gegeben. Diese besteht aus 34 Ministern, von denen 14 bereits in der alten Regierung vertreten waren. 32 der Minister gehören der CDP an, und nur 2 der ADF/RDA. Der neue Premierminister kündigte an, dass für seine Regierung die nachhaltige Entwicklung, der wirtschaftliche Aufschwung und Lösungen sozialer Probleme prioritär sind.

Mathurin Nago wird neuer Parlamentspräsident

Benin: Yahi Boni erhält eigene Parlamentsmehrheit

Das Wahlbündnis FCBE erzielte mit 35 Sitzen die relative Mehrheit bei den Parlamentswahlen am 31. März 2007. Ein Jahr nach seinem Erfolg bei den Präsidentschaftswahlen im März 2006 kann sich Präsident Yahi Boni auf eine eigene Parlamentsfraktion stützen. Die FCBE stellt im 83 Sitze zählenden Parlament in Porto Novo zwar nicht die Mehrheit, kann aber - wie bei der Wahl zum Parlamentspräsidenten geschehen - leicht Mehrheiten mit kleineren Gruppierungen bilden. Die Parlamentswahlen sorgten dafür, dass sich das zersplitterte Parteiensystem in Benin in Wahlallianzen organisierte. Neben der Allianz des Präsidenten, FCBE gibt es die großen Allianzen ADD und PRD sowie Force Clé. War es den politischen Kräften in Benin bisher eigen, sich nicht als Opposition zu bezeichnen, sondern sich immer in Harmonie mit der Politik des Präsidenten zu präsentieren, deklarieren sich die Wahlverlierer vom 31. März nun klar als Opposition. Das Streben des Präsidenten auf eine eigene Mehrheit zu setzen und nicht mit den bisherigen politischen Kräften zu kooperieren, hat zu einer neuen Lagerbildung geführt.



Der Wahlkampf war davon geprägt, dass der Präsident mit allem Einsatz versuchte, die von ihm kurz vor der Wahl geschmiedeten Wahlallianz zum Sieg zu verhelfen. Dies war man in Benin bisher nicht gewöhnt. In der Vergangenheit stützen sich die Präsidenten auf alle politischen Kräfte und versuchten sie einzubinden. Präsident Yahi Boni macht dagegen deutlich, dass er die etablierte politische Klasse für korrupt hält und als ein Hindernis auf dem Weg der Erneuerung des Landes ansieht.

Geld spielte im Parlamentswahlkampf eine große Rolle. Vom Versuch direkt durch Geldzahlungen Wähler zu überzeugen bis zum Verteilen von Stereoanlagen und Motorräder an Dorf- und Gemeindevorsteher reichte die Palette der verteilten Anreize.

Nach den Parlamentswahlen gelang es dem Präsidenten und seiner Parlamentsgruppe FCBE mit den Stimmen einiger kleinerer Parteien, den Parlamentspräsidenten zu stellen. Die fehlende Anzahl von 11 Abgeordneten wurde mit Hilfe von Vertretungserklärungen erzielt. D.h. bei einem Vorbereitungstreffen delegierten die Abgeordneten ihr

Stimmrecht. Obwohl die Abgeordneten mehrheitlich anwesend waren, ließen sie sich bei der Stimmabgabe vertreten durch Mitglieder der Präsidentenallianz. Wie diese Erklärungen erreicht wurden, auf welcher politischen oder materiellen Grundlage, bleibt unklar. Die in der Verfassung vorgesehene Möglichkeit der Vertretungserklärung wurde angewandt und anschließend auch vom Verfassungsgericht bestätigt. Vordergründig lief so die Wahl des Parlamentspräsidenten Mathurin Nago legal ab, bezogen auf die politische Kultur bleiben allerdings viele Fragen. Parlamentspräsident Nago gehörte bis zur Wahl als Berufsbildungsminister der Regierung Yahi Boni an.

Das erste Jahr des Präsidenten Yahi Boni und die Parlamentswahlen zeigen, dass er gewillt ist, die Dinge in Benin zu verändern. Benin soll besser regiert werden und vorankommen. Die Befürchtung wächst allerdings, dass dem Präsidenten im Kampf gegen die als korrupt angesehene alte politische Klasse fast jedes Mittel recht ist. Bei dem Eifer des Präsidenten, die Dinge zu verändern, könnten gewisse demokratische Errungenschaften in Benin leiden.

Benin: Energiekrise eine Herausforderung für die Zukunft

Seit den Präsidentschaftswahlen in Benin vom März 2006 spricht das ganze Land vom „Changement“ und davon, dass man sich wirtschaftlich entwickeln will. Präsident Yahi Boni hat sich ehrgeizige Ziele gesteckt und findet dafür nicht zuletzt auch in Deutschland viel Zustimmung. Eine Hürde auf dem Weg sich wirtschaftlich zu entwickeln ist allerdings die Energiekrise und die damit verbundenen Stromausfälle in Benin. Seit Jahren wurde nicht mehr in die Infrastruktur zur Stromerzeugung investiert.

In manchen Gebieten wird bis zu 16 Stunden am Tag der Strom abgeschaltet. Das wirtschaftliche Leben kommt überall dort zum Erliegen, wo es keine Stromgeneratoren gibt, welche mit Diesel laufen. Diese Form der Stromerzeugung ist teuer und für viele Kleinbetriebe und Handwerker unerschwinglich.

Die Gründe für die Stromausfälle liegen zum einen darin, dass aus Ghana weniger Strom geliefert wird und auch ein Verbundabkommen mit Nigeria nur auf dem Papier besteht. Geringere Leistungen der Stauseen in Ghana und Togo aufgrund von Trockenheit und schlechter Wartung der Staudämme führen zu einer akuten Unterversorgung Benins mit Energie. Hinzu kommt, dass rund 20% des Stroms aufgrund mangelhafter Leitungen verloren geht. Nur 20% seines Strombedarfs deckt Benin zurzeit aus eigenen Ressourcen.

Abhilfe soll ein geplantes Gasturbinenkraftwerk bringen. Dieses Kraftwerk, das in zwei bis drei Jahren ans Netz gehen soll, wird die westafrikanische Gasleitung nutzen die von Nigeria bis Senegal führen und im Jahr 2008 fertig gestellt sein wird. Parallel zum Gasturbinenprojekt plant die Regierung auch, erneuerbare Energien verstärkt in ihrem Energiekonzept zu berücksichtigen.



Dieselgeneratoren können sich nur reiche Leute leisten

Wie groß die Herausforderung der Energiefrage ist, wird deutlich, wenn man in Betracht zieht, dass in den Städten max. 50% der Haushalte an Strom angeschlossen sind und auf dem Land die Versorgung mit Energie noch um ein vielfaches niedriger ausfällt. In der öffentlichen Diskussion wird bisher nicht berücksichtigt, welche Auswirkungen auf den Strombedarf eine Erhöhung der Stromanschlüsse hat. Darüber hinaus wird das prognostizierte Bevölkerungswachstum und die Hoffnung auf wirtschaftliche Entwicklung den Energiebedarf in den nächsten Jahren noch erheblich steigern. Das geplante Gasturbinenkraftwerk soll den aktuellen Energiemangel beheben, stellt allerdings noch keine solide Planung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung dar.

Breitenbildung

KAS-Bildungsfernsehen diskutiert NEPAD-Prozess

Die KAS-Fernsehsendungen in Benin, Mali, Niger und Burkina Faso werden in jeweils vier Diskussions-sendungen den NEPAD-Prozess vorstellen und die Bevölkerung über den Peer-Review-Prozess informieren. Das ist das Ergebnis eines über-regionalen Seminars, das vom 12. bis 14. April 2007 in Ouagadougou stattfand. Es handelt sich bei dem Projekt um eine Kooperation des Centre Afrika Obota, der Kanadischen Agentur für Internationale Entwicklung und der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Der Beitrag der Zivilgesellschaft zum NEPAD-Prozess und zur regionalen Integration Westafrikas stand im Mittelpunkt des Seminars zu dem die Verantwortlichen der nationalen Sektionen der NRO Centre Afrika Obota (CAO) aus Benin, Burkina Faso, Mali, Niger, Togo und der Côte d'Ivoire zusammen gekommen waren. Neben den nationalen Vorsitzenden und den Koordinatoren der Fernsehsendungen von CAO nahmen die Moderatoren der Fernsehsendungen an dem Seminar teil. Nach der Arbeit im Workshop wurde festgehalten, dass zwischen Mai und August 2008 in jedem Land vier Fernsehsendungen zu den folgenden Themen realisiert werden sollen:

1. NEPAD: Welche Chancen und Risiken für Afrika?
2. Die Umsetzung des Peer-Review-Prozesses: Welchen Beitrag leistet der Bürger?
3. NEPAD und der freie Waren- und Personenverkehr
4. NEPAD: Bildung und Kultur

Die Teilnehmer nutzten darüber hinaus das Seminar, um am Rande der Veranstaltung über die Arbeit von CAO als überregionales Netzwerk zu diskutieren und die Perspektiven der Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung zu erörtern.

KAS fördert regionalen Dialog

Das Verhältnis von Militär und Politik und die Dezentralisierung im Mittelpunkt internationaler Konferenzen

Die Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit haben gezeigt, dass die Süd-Süd-Kooperation einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung verschiedener Entwicklungshemmnisse leisten kann. Eine solche Kooperation zu ermöglichen und die regionale Integration zu fördern ist ein Schwerpunkt der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Westafrika. So werden in den kommenden Wochen Entscheidungsträger aus Benin, Togo, Niger, Côte d'Ivoire, Mali und Burkina Faso auf drei internationalen Konferenzen zusammenkommen, um sich mit Schlüsselfragen für die Stabilität und das Wachstum in der Region auseinander zu setzen.

Das Verhältnis von Militär und Politik steht vom 23. – 25. Juli im Mittelpunkt eines Kolloquiums in Bamako (Mali), auf dem Angehörige der Sicherheitskräfte und führende Parteipolitiker der Region gemeinsam ihre jeweiligen Rollen im Demokratisierungsprozess analysieren.

Zwei weitere Konferenzen beschäftigen sich mit der Dezentralisierung in der Region. Zum einen werden vom 28. – 30. August in Ouagadougou (Burkina Faso) Bürgermeister und Akteure der Dezentralisierung aus den Ländern der Westafrikanischen Währungsunion die Probleme des Transfers von Kompetenzen auf die kommunale Ebene diskutieren. Zum anderen ist die Dezentralisierung auch das Thema der diesjährigen Jahreskonferenz der Westafrika-Sektion des Parteienverbandes UPADD (Union des Partis Africains pour la Démocratie et le Développement). Anfang September werden in Niamey (Niger) Führungskräfte der Mitgliedsparteien die Konsequenzen und Möglichkeiten dieses Prozesses für die politischen Parteien erörtern